Beschluss Sachsens Kommunen bewegen und zukunftsfest gestalten – entschlossen, mutig, voller Zutrauen und Zuversicht

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	01.03.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Kommunalwahl 2024

Antragstext

Bündnisgrüne Kommunalpolitik steht für lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise, in denen Menschen gut und sicher leben können. Wir betreiben eine vorausschauende Politik, die in Zeiten großer Herausforderungen Stabilität und Sicherheit schafft und unsere Gesellschaft zukunftsfest aufstellt. Die kommunale Ebene ist der Ort, wo die Auswirkungen von Krisen und versäumter Vorsorge durchschlagen und für die Bürger*innen konkret spürbar und greifbar werden. Kommunen sind gleichzeitig auch Orte des Handelns und der Umsetzung: Vor Ort entstehen die Windräder und Ladesäulen, um die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu überwinden und unser Klima zu schützen. Hier verteidigen wir auf der Straße und in den kommunalen Räten unsere Demokratie gegen Angriffe rechter Hetzer*innen. Hier wachsen die Kinder auf, denen wir mit guter Bildung gleiche Chancen bieten wollen. Hier finden Begegnungen, Integration und Inklusion statt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Global denken, lokal Handeln – dieses Prinzip leitet uns BÜNDNISGRÜNE bereits seit unserer Gründung. Es lässt sich kaum besser versinnbildlichen, als in der Gleichzeitigkeit von Kommunal- und Europawahl in Sachsen. Wir Grüne stehen für starke Kommunen in einem handlungsfähigen Europa, das ein besonderes Augenmerk auf kommunale Bedürfnisse legt und die kommunale Gestaltungsfreiheit verteidigt. Denn der Erfolg des EU Green Deal entscheidet sich vor Ort: mit lokalen Projekten für Klimaschutz und -anpassung schaffen wir es, uns gemeinsam auf den Weg zum klimaneutralen Kontinent zu machen. Gleichzeitig wird die Europäische Union für Kommunen immer wichtiger. Die meisten unserer kommunalen Entscheidungen sind längst von der EU-Gesetzgebung betroffen, beispielsweise in der Vergabe, im Dienstleistungsbereich oder bei Vorgaben für saubere Luft und sauberes Wasser. Ob in Brüssel oder vor Ort in Sachsen - wir Grüne ziehen an einem Strang

Mehr als 300 Menschen vertreten seit 2019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsens Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen und Stadtbezirksbeiräten. Ob als Mitglied einer starken Fraktion in den großen Städten, als Einzelkämpfer*innen in den Räten von Gemeinden, Klein- und Mittelstädten oder als Beigeordnete in den Rathäusern - wo wir in Verantwortung sind, liefern wir Ergebnisse. Mit Entschlossenheit und Mut, Zutrauen und Zuversicht engagieren sich GRÜNE Kommunalpolitiker*innen, um vor Ort praktische Lösungen zu finden, die auch die globalen Herausforderungen unserer Zeit mitdenken und machen so Stück für Stück ihre Kommune lebenswerter. Durch die von uns im sächsischen Koalitionsvertrag erkämpften Verbesserungen für mehr Bürger*innenbeteiligung und Transparenz sowie im Kommunalrecht hinsichtlich der Rechtsstellung von Ratsmitgliedern beispielsweise bei der Fraktionsfinanzierung und bei Akteneinsichten gerade in kleineren Kommunen haben wir die kommunale Demokratie gestärkt.

Bei den nächsten Kommunalwahlen wollen wir unsere Ergebnisse daher weiter verbessern. In den großen Städten – Leipzig und Dresden – streben wir an, wieder

stärkste Kraft zu werden. In den Kreistagen wollen wir erneut und noch zahlreicher in Fraktionsstärke einziehen und perspektivisch auch bündnisgrüne Beigeordnete in den Landratsämtern stellen. Im ländlichen Raum wollen wir unsere Mandate flächendeckend ausbauen, sodass kein*e kommunale*r Mandatsträger*in mehr allein für eine ökologische und zukunftsgewandte Politik streiten muss.

Für die Umsetzung unserer inhaltlichen Ziele gehen wir Bündnisse in Form von Fraktionsgemeinschaften, sachbezogenen Mehrheiten in den Räten oder gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Kräften ein. Diese lösungsorientierte Zusammenarbeit mit Verbänden und Bürger*innen-Initiativen wie auch parteiübergreifend mit allen Demokrat*innen, macht uns stark. Gegenüber Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen bilden wir standhaft und glaubwürdig den Gegenpol, während öffentlich proklamierte Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsziele anderer Parteien und Wählervereinigungen Lippenbekenntnisse bleiben. So wurden wir in den letzten Jahren vielerorts Zeug*innen gemeinsamer Abstimmungen wie auch inhaltlicher Annäherungen von demokratischen Parteien an politische Positionen verfassungsfeindlicher Kräfte in Sachsens kommunalen Räten.

Rückenwind erhält GRÜNE Kommunalpolitik aus der Landes- und Bundespolitik, die wir in Regierungsverantwortung mitgestalten sowie von der europäischen Ebene, wo die Weichen auf Transformation stehen, angetrieben von unserer GRÜNEN Europafraktion. Wo einst starre Rahmensetzungen den kommunalen Handlungsraum verengten und lähmten, haben wir nun im Land und im Bund für Beweglichkeit und Bewegung gesorgt, die es Kommunen ermöglichen, noch aktiver ihre Zukunft zu gestalten. Kommunen können sich entscheiden, abweichend von der 1000-Meter-Abstandsregel Windkraftanlagen zuzulassen und zudem selbst von den Einnahmen daraus profitieren. Sie haben die Möglichkeit endlich wieder eigene Satzungen für kommunalen Baumschutz zu erlassen. Dank neuer Forschungsinstitute und den „Orten der Demokratie“ ebenso wie durch mehr Transparenz und Fördermittel für Beteiligung werden demokratische Strukturen vor Ort gestärkt. Wir haben Gemeinschaftsschulen ermöglicht, damit Kinder länger gemeinsam lernen können. Mit dem sächsischen Gleichstellungsgesetz fördern wir die kommunale Gleichstellungsarbeit.

Damit die Menschen in Sachsen von diesen neu gewonnenen Möglichkeiten profitieren, braucht es weiterhin starke Bündnisgrüne vor Ort, die Zukunftsprojekte in den Kommunen voranbringen. Zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 in Sachsen treten wir mit vielen erfahrenen sowie neuen Kandidat*innen mit Entschlossenheit und Mut sowie einer klaren politischen Zukunftsagenda an, um mit noch mehr Kraft in den Kreistagen, Gemeinde-, Stadt- und Stadtbezirksbeiräten den sozial-ökologischen Wandel in Sachsen zu gestalten.

Klimaneutrale Zukunft gestalten

Aktiver Klimaschutz ist der Markenkern bündnisgrüner Politik. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsens Kommunen ihren Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leisten und zugleich Maßnahmen zur Anpassung an die stattfindende Erderwärmung ergreifen. Klimaschutz ist für uns kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für die Sicherung von Lebensqualität und ein Baustein hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Wir bringen die Energiewende vor Ort voran und setzen uns für einen massiven Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Solarthermie ein. Mit der Entwicklung und Umsetzung von Energie- und Klimaschutzkonzepten für Kommunen und Regionen wollen

wir Energiesicherheit schaffen und ein klimagerechtes Leben und Wirtschaften vor Ort ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsens Städte und Gemeinden die Möglichkeiten nutzen, flexibel, auch abweichend von der 1000 Meter-Abstandsregel, Windparks zu planen und direkt von den Einnahmen des Stromverkaufs aus Erneuerbaren Energien zu profitieren. Wir wollen, dass Kommunen bei der Nutzung von Sonnenenergie mit der Nutzung ihrer eigenen Dachflächen vorangehen. Menschen vor Ort sollen an der Energiewende beteiligt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE kämpfen mit ihnen für die Etablierung von Bürger*innenenergie und Erzeuger*innengemeinschaften.

Wirksamer Klimaschutz umfasst auch die Wärmewende. Hier liegt der regenerative Anteil des Energieverbrauchs erst bei 15 Prozent. Neben dem erhöhten Einsatz von erneuerbarer Energie spielt dabei vor allem die Senkung des Energiebedarfs durch energetische Sanierung von Gebäuden eine wichtige Rolle. Durch klimafreundliches Bauen wollen wir Energieeinsparpotenziale ausschöpfen, die sowohl dem Klimaschutz als auch den kommunalen Haushalten nützen. Wir machen uns stark für Kommunen, die Neubau- und Sanierungsprojekte mit höchsten energetischen Standards angehen. Dies stärkt die lokale Bauindustrie und das Handwerk, die unerlässliche Partner in der Energie- und Wärmewende darstellen. Mit kommunalen Dachkatastern für Photovoltaik und Solarthermie beschleunigen wir den Umstieg auf Erneuerbare Energien. Wir setzen auf Kreislaufwirtschaft in regionalen Bündnissen und wollen durch ein verstärktes Baustoffrecycling erreichen, dass klimasensible Landschaften nicht mehr dem Rohstoffabbau zum Opfer fallen müssen.

Wir wirken darauf hin, dass Kommunen sich mit intelligenter Stadtplanung und Begrünungsoffensiven auf die Klimaerwärmung bestmöglich vorbereiten, um Städte vor Überhitzung in Hitzephasen zu schützen. Programme für Dach- und Fassadenbegrünung sowie eigene Baumschutzsatzungen und Baumpflanzprogramme sollen für grüne Städte und Gemeinden sorgen, die Schatten und saubere Luft bieten. Bei Bebauungsplänen und Flächenplanungen achten wir besonders auf die Berücksichtigung von Frisch- und Kaltluftschneisen, die das Klima verbessern. Auf Ereignisse wie Starkregen bereiten wir uns durch mehr Wasserrückhalteflächen in den Städten vor.

Natürliche Lebensgrundlagen schützen

Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten ist eine existenzielle Bedrohung für eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten. Der Schutz von Natur und Umwelt hat daher für uns Priorität bei Entscheidungen zur Nutzung und Gestaltung von Flächen. Weil praktischer Naturschutz am besten vor Ort funktioniert, liegt darauf ein Hauptaugenmerk bündnisgrüner Kommunalpolitik.

Anstatt immer neue Flächen in Anspruch zu nehmen und damit wertvolle Grünflächen und Naturräume zu zerstören, wollen wir alle Möglichkeiten zur Nachnutzung und Reaktivierung von Brachflächen ausschöpfen und Neuversiegelung auf Netto-Null zu reduzieren. Als Grundlage fordern wir dafür verbindliche und transparent einsehbare Flächenkataster.

Bäche und Flüsse, Teiche und Seen sind Lebensräume für zahlreiche Tiere und Pflanzen sowie Orte für Freizeit und Erholung. Wir Bündnisgrüne sind Wächter*innen über deren Schutz vor umweltschädlichen Eingriffen sowie die Einhaltung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Beim Thema Hochwasser gilt für uns: natürlichen Flusslauf schützen statt Mauern und Beton!

Wir wollen Lebensräume für Insekten, Lurche, Reptilien, Vögel und Säugetiere in Stadt und Land schaffen und erhalten. Die Anwendung von Pestiziden wie Glyphosat lehnen wir ab – sowohl auf unseren Äckern, als auch auf kommunalen Flächen. Wir machen uns für insektenfreundliche Blühflächen in Parks, entlang von Straßen und am Feldrand stark.

Auch unsere Wälder müssen sich dem Klimawandel anpassen. Dafür unterstützen wir Aufforstungen und den ökologisch sinnvollen Waldumbau, hinzu naturnahen, klimaresilienten Mischwäldern. Wir fordern flächendeckend eine vielfältige und ökologische Bewirtschaftung von Wäldern nach Umweltschutzstandards wie FSC, die Naturschutz und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen.

Immer mehr Kommunen folgen dem Zero-Waste-Ansatz zur Reduzierung von Abfall und Stärkung von Rohstoffkreisläufen und schonen damit Umwelt und Ressourcen. Wir unterstützen lokale Initiativen und Projekte wie Reperaturcafés, Unverpacktläden, Pfandsysteme und Sharing Economy-Geschäftsmodelle, die zur Vermeidung von Müll beitragen. Wir stärken das Handwerk, denn es ist unverzichtbares Fundament dafür, dass Roh- und Wertstoffkreisläufe, von der Reparatur von Geräten bis hin zum Recycling von Baustoffen, funktionieren.

Mobilität klimagerecht, sicher und für alle organisieren

Der Verkehrssektor weist erhebliche bislang ungenutzte Einsparpotenziale bei klimaschädlichen Emissionen auf, die wir für einen konsequenten Klimaschutz endlich ausschöpfen müssen. Wir setzen alles daran, die Verkehrswende voran zu bringen. Unser Anspruch ist ein Verkehrswesen, das sowohl dem Klima als auch den verschiedenen Bedarfen und Voraussetzungen z.B. von Jung und Alt, in Stadt und Land gerecht wird. Unser Ziel ist eine Gleichberechtigung der Verkehrsarten, sodass niemand auf ein eigenes Auto angewiesen sein muss.

Dafür setzen wir auf einen gut ausgebauten, bezahlbaren Öffentlichen Personennahverkehr für Stadt und Land. Besonders wichtig dafür ist eine auskömmliche Finanzierung, um Angebote sicherzustellen und bedarfsgerecht auszubauen. Außerdem müssen die Verkehrsbetriebe als attraktive Arbeitgeberinnen wahrgenommen werden, um dem vorherrschenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Nachfrageorientierte Angebote wie Stadtbusse und flexible Konzepte, z.B. App-gesteuerte Sammeltaxis, können Bus und Bahn sinnvoll ergänzen. Langfristig sollen auch Angebote des Autonomen Fahrens etabliert werden. An Verkehrsknotenpunkten wollen wir Mobilitätsstationen mit ÖPNV-Anschluss, Car-Sharing, Park & Ride sowie sicheren Fahrradabstellanlagen ausbauen.

Immer mehr Menschen erledigen ihre Wege mit dem Rad und tun damit etwas Gutes für die Umwelt und für ihre Gesundheit. Damit sie sicher unterwegs sind, fordern wir, dass sich alle sächsischen Kommunen der bundesweiten Städte-Initiative für mehr Tempo 30 anschließen und Radwege verstärkt auszubauen. Voraussetzung dafür, dass verfügbare Fördermittel von Bund und Land für den Radwegbau genutzt werden können, ist ausreichend Personal für deren Planung in den kommunalen Verwaltungen. Damit das Rad für noch mehr Menschen eine alltagspraktische Alternative ist, stoßen wir – ergänzend zur Landesförderung, die sich an Unternehmen und Institutionen richtet – kommunale Förderprogramme für Lastenfahrräder und Lastenanhänger für Privatpersonen an.

Den motorisierten Verkehr wollen wir durch die Förderung von E-Mobilität klimafreundlicher gestalten. Sächs*innen, die im Alltag auf das Auto angewiesen

sind, soll durch eine dichte Infrastruktur von Ladesäulen der Umstieg aufs E-Auto ermöglicht werden. Mit Investitionen in E-Busse erreichen wir auch im Nahverkehr Schritt für Schritt mehr Klimaschutz.

Gesundes Essen aus der Region auf den Tisch

Das allgemeine Bewusstsein für eine nachhaltige, gesunde Ernährung wächst stetig. Im Zuge zunehmender Unsicherheit über Lieferketten gewinnt das Regionalitätsprinzip bei der Herstellung von Nahrungsmitteln an Bedeutung. Uns ist es wichtig, dass von diesem für Klima- und Umweltschutz positiven Trend die regionale Landwirtschaft profitiert und dass gesundes Essen für alle bezahlbar ist.

Wir setzen uns für mehr ökologische und tierwohlorientierte Landwirtschaft in kleinbäuerlichen und alternativen Strukturen ein, wie beispielsweise solidarische Landwirtschaft, und wollen diese durch finanzielle Anreize etwa bei der Verpachtung von Flächen oder der Gewerbesteuer fördern. Auch in den Städten wollen wir das Potenzial landwirtschaftlicher Nahrungsmittelproduktion zum Beispiel in Aquaponikanlagen, vertikalen Gärten und durch die Umsetzung des Konzeptes der „Essbaren Stadt“ heben. Für die Stärkung des fairen Handels initiieren wir gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen die Bewerbung weiterer sächsischer Städte als Fairtrade Town.

Regionale Produktionskreisläufe und Einkaufsgewohnheiten nützen dem regionalen Wohlstand, der Gesundheit und der Umwelt. Wir schätzen den Wert des regionalen Lebensmittelhandwerks, dessen Erhalt wir fördern wollen. Um entlang der Produktionsketten vom Acker bis auf den Teller alle zu vernetzen und weitere Ideen vor Ort für eine klimafreundliche, gesunde und faire Ernährung gemeinsam mit Akteur*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen, initiieren wir vor Ort Ernährungsräte.

Ob in der Kita, der Schule oder im Pflegeheim – wir machen uns für hohe Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung stark, um Nachhaltigkeit, Gesundheit, Frische und Regionalität zu fördern. Die Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) sollen bei der Auftragsvergabe in den Kantinen öffentlicher Einrichtungen als Mindeststandards gelten. Wenn erforderlich, sollten Kommunen die Zertifizierung von regionalen Essenanbietern finanziell fördern. So ermöglichen wir Kindern den Zugang zu gesundem Essen. Wir setzen uns dafür ein, dass kein Kind wegen eines geringen Familieneinkommens vom gemeinsamen Essen in Kita- und Schule ausgeschlossen ist.

Der Flächenverbrauch für die Tierhaltung ist enorm. 80% der globalen landwirtschaftlichen Nutzfläche werden als Weide- oder Ackerland für die Tierhaltung bewirtschaftet. Damit verbunden sind hoher Wasserverbrauch, Tierleid und klimaschädliche Emissionen. Der Bericht der EAT-Lancet Kommission aus dem Jahr 2020 empfiehlt eine Ernährung, die überwiegend durch pflanzliche Lebensmittel gedeckt wird. Dies sei essentiell, um den Erhalt der ökologischen Grundlagen und eine gesunde Nahrungsversorgung sicherzustellen.
Wir sehen die klaren Vorteile einer veganen Ernährung und setzen uns für eine weitere Akzeptanz und Verbreitung in Sachsen ein.

Kommunen, die für alle vorsorgen

Wir Bündnisgrüne stehen für eine Politik der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. Eine starke Daseinsvorsorge vom ÖPNV-Angebot über Sportstätten bis hin zum Krankenhaus, verlässliche Unterstützungsangebote für Menschen mit Hilfebedarf oder in schwierigen Lebenslagen und gesellschaftlicher Zusammenhalt bilden die Voraussetzung dafür.

In vielen Regionen Sachsen brauchen wir eine bessere medizinische Versorgung, damit die Menschen sich mit ihren Problemen und Sorgen aufgehoben fühlen und auch kurzfristig gut versorgt sind. Qualitativ hochwertige Versorgung und Wohnortnähe wie auch ein Ausbau von mobilen und digitalen Angeboten sind uns dabei wichtig. Dazu stehen den Kommunen Möglichkeiten wie die Gründung von kommunalen Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren zur Verfügung. Wir schlagen außerdem vor, dass sich benachbarte Kommunen in Gesundheitsregionen zusammenschließen und durch Kooperationen und Koordination von verschiedenen medizinischen Angeboten in der Region Synergien nutzen. Mitarbeiter*innen in der Gesundheitsversorgung wollen heute nicht mehr als Einzelkämpfer*innen sieben Tage in der Woche eine Praxis betreiben, sondern als Team und in fachlicher Kooperation arbeiten. Diese guten Bedingungen wollen wir besonders dort schaffen, wo heute die Versorgung nicht mehr gut ist. Die flächendeckende Versorgung mit Notaufnahmen und Krankenhäusern ist eine Aufgabe der Daseinsfürsorge. Dies muss sichergestellt werden. Dort wo private Krankenhäuser aus der Versorgung aussteigen und Versorgungslücken entstehen, braucht es eine klare Verantwortung für Krankenhäuser in öffentlicher Hand.

Wir wollen unsere Kommunen fit für die Digitalisierung machen und drängen auf einen beschleunigten Breitbandausbau. Darauf sind Unternehmen ebenso angewiesen, wie ihre Mitarbeitenden, um durch mobiles Arbeiten und Homeoffice berufliche und familiäre Pflichten besser vereinbaren zu können. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: funktionierende digitale Systeme tragen zu krisenfesten Strukturen bei und senken den Personalaufwand in Verwaltungen. Für Bürger*innen sind digitale Ämter zudem oftmals nutzerfreundlicher und sparen Zeit und Wege. Dass es dafür ein hohes Maß an Datensicherheit und Schutz vor Cyberangriffen braucht, haben wir dabei im Blick.

Jede*r hat das Recht auf Wohnen. Dort, wo bezahlbarer Wohnraum knapp wird, drängen wir auf die Errichtung von Sozialwohnungen durch die Kommune, um gutes Wohnen für alle, unabhängig des Einkommens, zu ermöglichen. Dabei setzen wir auf Modernisierung von Bestandsimmobilien und energetische Sanierung, denn dies spart Flächen, senkt die Wohnkosten und stärkt das lokale Handwerk. Wir machen uns für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und alternative Wohnformen stark. Wo überhöhte Mieten im Ballungsraum auf Leerstand im Umland treffen, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärken, um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land zu fördern. Hier spielt besonders eine gute Verkehrsanbindung der umliegenden Ortschaften an Ober- und Mittelzentren eine wichtige Rolle. Für von Obdachlosigkeit betroffene Personen sind Kommunen in der Verantwortung, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Dabei wollen wir die Würde der betroffenen Menschen schützen, indem wir von Sammelunterkünften weg und hin zu einem geregelten Leben in dauerhaft gesicherten Wohnungen (Housing-First) kommen.

Solidarität bedeutet für uns, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen – sei es z.B. bei häuslicher Gewalt, Suchtproblemen oder ungewollter Schwangerschaft – Hilfe und Beratung erhalten. Diese sicherzustellen und für eine auskömmliche

Finanzierung zu sorgen, ist kommunale Aufgabe. Dort wo eine gute Beratungsinfrastruktur an Entfernungen und fehlenden Fachkräften zu scheitern droht, wollen wir digitale und mobile Angebote zur Anwendung bringen. Oft ist schon das Zusammenkommen mit Gleichgesinnten eine Hilfe. Deshalb kämpfen wir für die Einrichtung und den Erhalt von soziokulturellen und Familienzentren. In vielen Bereichen der sozialen Arbeit leisten Ehrenamtliche einen unverzichtbaren Beitrag für die Allgemeinheit. Diesen wertzuschätzen und zu würdigen, auch aber nicht nur durch die Erstattung von Kosten und Aufwand, ist das Mindeste, was wir als Zeichen aus den Verwaltungen erwarten.

Attraktive Bedingungen für Alltags- und Freizeitgestaltung wie auch Schutz und Hilfsangebote fürKinder und Jugendliche sind kommunale Pflichtaufgabe. Wir haben ein wachsames Auge auf die Arbeitsfähigkeit der Jugendämter, um sicherzustellen, dass sie in der Lage sind, ihrem Auftrag zur Abwendung von und zum Einschreiten bei Kindeswohlgefährdungen nachzukommen. Wir setzen uns dafür ein, dass es flächendeckend Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Streetwork gibt. Das ist einerseits gesetzlicher Anspruch und andererseits wichtig als Präventionsarbeit im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes. Gleichzeitig sind Angebote der öffentlichen Hand elementar zur Stärkung demokratischer Strukturen, denn wo sie wegbrechen, nutzen rechte Kräfte die entstehenden Lücken für die Verbreitung antidemokratischen Gedankenguts. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche in ganz Sachsen bei der Gestaltung ihrer Lebensräume aktiv mitbestimmen und in selbstverwalteten Jugendräumen Demokratie und Verantwortung praktisch erleben und erlernen können.

Sport ist Gesundheitsförderung, Begegnung und stärkt die Bindung junger Menschen an ihre Region. Wir sehen den enormen gesellschaftlichen Beitrag, den Sächs*innen im Ehrenamt in Sportvereinen leisten und wollen ihnen dafür bestmögliche Bedingungen z.B. durch gute Möglichkeiten für Fortbildung sowie eine Anerkennungskultur bieten. Wir setzen uns für eine solide Finanzierung von Breiten- und Spitzensport ein. Beim Bau und der Modernisierung von Sportstätten achten wir besonders auf Aspekte energetischen Sanierung, so schonen wir das Klima und senken langfristig Betriebskosten für Kommunen und Vereine.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind eine elementare Säule für die Sicherheit sowie den Brand- und Katastrophenschutz im ländlichen Raum. Wir setzen uns dafür ein, deren Ausstattung zu verbessern, attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten und durch geeignete Förderung die Nachwuchsgewinnung zu unterstützen.

Gute Bildung von Anfang an und lebenslang

Ein guter Zugang zu Bildung für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und individuellen Voraussetzungen, ist entscheidend für eine gerechte und Gesellschaft. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität.

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz hängt für uns mit der Verfügbarkeit von Kitaplätzen in Wohnortnähe zusammen und ist untrennbar verbunden mit einer guten Betreuungsqualität. Denn eine gute Kita-Betreuung ist Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Freistaat hat mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Jahre 2023/2024 für Personal- und Betriebskosten Kommunen finanziell entlastet. Nun sollten die Kommunen sich bemühen, attraktive Arbeitsplätze in den Kitas und Horten anzubieten und in die Ausbildung von Erzieher*innen zu investieren, um das dafür erforderliche Personal zu halten und zu gewinnen.

Wir haben erreicht, dass der Freistaat durch eine Änderung des sächsischen Schulgesetzes den Weg für Gemeinschaftsschulen und Oberschulen Plus freigemacht hat. Wo sich Initiativen zur Gründung von Gemeinschaftsschulen bilden, begleiten wir diese, um an möglichst vielen Orten in Sachsen längeres gemeinsames Lernen möglich zu machen. Unser Ziel ist eine vielfältige und moderne Bildungslandschaft, zu der auch Schulen in freier Trägerschaft einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere dort, wo staatliche Schulen vor Ort fehlen. Die Bereitstellung und Ausstattung von Schulgebäuden obliegen den Kommunen. Wir Bündnisgrüne kämpfen für moderne Gebäude, die Lust zum Lernen machen, ein gutes Raumklima und flexible Raumkonzepte bieten, um eine Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen etwa durch größere oder kleinere Klassen zu ermöglichen. Eine moderne digitale Ausstattung von Schulen, Schülerschaft und Lehrkräften muss schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden, damit Sachsens Schüler*innen fit sind für die Kompetenzanforderungen der Digitalisierung. Wir fordern die Einhaltung von Schulhausbauleitlinien, die neben pädagogischen Standards auch ökologische und Klimaschutzkriterien sowie Barrierefreiheit als Ziel haben.

Wir verstehen Bildung als einen lebenslangen Prozess und wollen Bildungsorte für Erwachsene wie Mehrgenerationenhäuser und Volkshochschulen dafür bestmöglich und modern ausstatten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag im Bereich der politischen und ökologischen Bildung und versetzen erwachsene Menschen verschiedenen Alters in die Lage, mit den rasanten gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen unserer Zeit Schritt zu halten.

Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken

Vielfalt ist eine gesellschaftliche Realität, die wir Bündnisgrüne als Stärke für die Gestaltung einer für alle Menschen lebenswerten Zukunft sowie für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft begreifen. Wir wollen, dass alle Menschen in Sachsen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer Herkunft oder Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung und mit oder ohne Behinderung friedlich zusammenleben und respektvoll miteinander umgehen.

Dies erfordert den Abbau von Vorurteilen und von diskriminierenden Strukturen sowie ein aktives Einbinden verschiedener Perspektiven und Fähigkeiten in die kommunalpolitische Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten sowie in Beiräten und Ausschüssen Menschen mit Vielfaltsmerkmalen vertreten sind, um ihre Perspektiven einzubringen.

In ganz Sachsen begehen wir Bündnisgrüne zusammen mit der LSBTIQ*- Community und anderen demokratischen Kräften alljährlich die CSD-Saison und kämpfen für Akzeptanz und gegen Diskriminierung. Damit ganzjährlich Strukturen vor Ort für Beratungen und für queere Bildung vorhanden sind, engagieren wir uns dafür, diese in den kommunalen Haushalten abzusichern.

Kein Mensch ist illegal. Jeder Mensch, der nach Sachsen kommt – ob als Geflüchtete*r oder als ausgebildete Fachkraft – hat einen Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung undUnterbringung. In Orten, wo Wohnungen leer stehen, sollten diese auch für eine dezentrale Unterbringung genutzt werden. Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften, wo Geflüchtete unter sich sind, verhindern Integration und Spracherwerb und sollen deshalb immer nur das letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Migrationssozialarbeit und Integrationslots*innen mit ausreichend Personalstellen und Geld ausgestattet

werden. Zusätzlich unterstützen wir Ansätze, bei denen ehemalige Geflüchtete und Einwander*innen selbst Hilfe für neu in Sachsen angekommene Menschen leisten.

Angesichts eines starken zu erwartenden Anstiegs der Zahl fehlender Arbeitskräfte, sind wir auf Arbeitsmarktzuwanderung zunehmend ausgewiesen. Dafür braucht es ein gesellschaftliches Klima von Weltoffenheit und Willkommenskultur sowie Integrationsprogramme, die über Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse hinausgehen. Kommunale Verwaltungen und Eigenbetriebe sind große Arbeitgeber*innen und sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Konzepte entwickeln, die zeigen wie Arbeitsmarktintegration und Diversity-Management zur Lösung der Fachkräfteknappheit beitragen können. Außerdem unterstützen wir die Eigeninitiative von Handwerksbetrieben und kleinen und mittelständischen Unternehmen, die aktiv um Arbeitskräfte aus dem Ausland werben.

Demokratie lebt vom Mitmachen

Als Bündnisgrüne machen wir Politik für die Menschen mit den Menschen. Möglichkeiten für aktive Bürger*innenbeteiligung, Transparenz über Entscheidungen politischer Gremien und offene Dialogformate sind seit jeher ein zentrales Anliegen unserer Politik wie auch Anspruch an uns selbst.

Jede*r – unabhängig vom Geschlecht, Alter, sexueller und geschlechtlicher Identität, Behinderung oder Herkunft – muss die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen. Um dies sicherzustellen, sollen Bürger*innenbeteiligungsformate zielgruppenspezifisch, niedrigschwellig und barrierefrei gestaltet sein. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen aktiv in geeigneten Settings an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Schließlich sind sie diejenigen, die am längsten mit den Konsequenzen von jetzt gefassten Beschlüssen leben müssen, gleichzeitig aber bis zum 18. Geburtstag nicht wahlberechtigt sind. Eine Absenkung des Wahlalters in Sachsen auf 16 Jahre bleibt weiter unser Ziel. Darüber hinaus wollen wir mit der Einberufung von Bürger*innenräten in Beteiligungsprozessen verschiedene Perspektiven und eine breite gesellschaftliche Repräsentanz abbilden und einbinden. Wir fordern mindestens die Hälfte der Macht für Frauen – auch in den Kommunalparlamenten – und setzen uns für Maßnahmen ein, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit kommunalpolitischer Arbeit besser vereinbar machen.

Die Möglichkeit sich einzumischen hängt maßgeblich davon ab, dass ein freier Zugang zu Informationen sowie zu Ergebnissen von Beratungen und Entscheidungsprozessen besteht. Eine weitere Voraussetzung ist die Verständlichkeit von Unterlagen und Systemen. Wir drängen daher in den Kommunen darauf, dass Ratsinformationssysteme zu verständlichen Bürger*innen-Informationssystemen weiterentwickelt werden. Außerdem wollen wir Transparenzsatzungen auf kommunaler Ebene einführen, nachdem der Freistaat mit seinem Transparenzgesetz den Weg dafür frei gemacht hat. Kommunale Informationen sollen über die sächsische Transparenzplattform veröffentlicht werden.

Rechtsextremismus ist ein Akt der Menschenverachtung und Herabwürdigung. Wir unterstützen lokale Bündnisse gegen Rechts auf der Straße und verteidigen demokratische Strukturen gegen rechtspopulistische Hetzangriffe in den kommunalen Räten. Von anderen Parteien aus dem demokratischen Spektrum erwarten wir eine klare Distanzierung gegenüber der AfD, entsprechend bestehender Unvereinbarkeitserklärungen ihrer Bundesverbände. Dass die proklamierte Brandmauer gegen Rechts in den Kommunalparlamenten immer wieder Risse bekommt,

beobachten wir mit Sorge. Weil Kommunalpolitiker*innen wie auch Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, die sich rechter Hetze entgegenstellen, immer wieder persönlichen Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt sind, bestehen wir auf Schutz- und Beratungsangeboten von Verwaltungen und Sicherheitsbehörden.

Wir Bündnisgrüne treten für eine lebendige Kommunalpolitik ein, die allen Menschen Möglichkeiten bietet, eine lebenswerte Zukunft in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde und ihrem Landkreis aktiv mitzugestalten. Gemeinsam mit all jenen, die sich für Ökologie, Freiheit, Solidarität und Humanität stark machen, wollen wir gemeinsam etwas bewegen, damit Sachsen für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt ist.

Begründung

erfolgt mündlich.